

# Walliser Bote



Wiehnachtsmärt  
mit Härz

VISP KAUFPLATZ  
FREITAG, 26. NOVEMBER, 11–21 UHR  
SAMSTAG, 27. NOVEMBER, 10–18 UHR

100 % DES ERLÖSES FÜR UNSERE  
MITMENSCHEN MIT BEHINDERUNG  
BEI JEDEM WETTER!  
WIR FREUEN UNS AUF SIE.



**Franziska Heinzen**  
24 Lieder aus dem Repertoire von Komponistinnen auf der neuen CD. Wallis

Mittwoch, 24. November 2021

AZ 3930 Visp | Nr. 273 | 181. Jahrgang | Leserinnen und Leser: 43 000 | Fr. 3.00 walliserbote.ch

«Da kann man erstens für den Sonntag nur ein Ja empfehlen. Und zweitens hoffen, dass Frau Stalder grottenfalsch liegt. Sonst können wir Weihnachten und einen Teil der touristischen Wintersaison vergessen.»

Herold Bieler über das Covid-Gesetz, bei dem ein «Ja» die weniger schlechte Option ist. **Wallis**

## Braucht der Nikolaus auch ein Zertifikat?

Über eine Tradition in Corona-Zeiten. **Wallis**

## Kein Umweltgericht für den Kanton Wallis

**Verfassungsrat** Die November-Session des Walliser Verfassungsrates widmete sich am Dienstag auch der Kommission 9. Diese forderte einen Umweltgerichtshof für den Kanton – ein Anliegen, das in der Vernehmlassung auch von einer knappen Mehrheit der Walliser Bevölkerung unterstützt wurde. Verfassungspräsidentin Fabienne Murmann von der CVPO wehrte sich vehement – und der Verfassungsrat bodigte nach engagierter Debatte den Umweltgerichtshof. Hat das Wallis eine Chance verpasst? **Wallis**

## Nico Hischier und seine tragende Rolle

**Eishockey** Die neue NHL-Spielzeit ist in vollem Gange und damit auch die nächste Saison von Nico Hischier bei den New Jersey Devils. Die Skorer-ausbeute von Hischier ist zwar überschaubar, doch sein Wert für das Team unbestritten. Hischier ist Captain des Teams und gehört mit erst 22 Jahren zu den unumstrittenen Leadern. Und wie sieht es bei den weiteren Schweizern in der höchsten Eishockey-Liga der Welt aus? Eine Übersicht. **Sport**



Bild: pomona.media/Alain Amherd

## Mietpreise steigen in schwindelerregende Höhen

Wozu das im Oberwallis führen kann. **Wallis**

Kommentar

## Berggemeinden belasten?

Für Sozialhilfebezüger wird es immer schwieriger, eine Wohnung zu finden. Seit der Lonza-Boom die Mieten explodieren lässt, haben sie keine Chance mehr. Die Gemeinden definieren, wie hoch die ortsüblichen Mietpreise sein dürfen, damit sie vom Sozialamt übernommen werden. In Brig-Glis und Naters sind das für einen Einpersonenhaushalt 700 Franken. Dafür gibt es aber in den grossen Talgemeinden nicht einmal das winzigste Studio zu mieten. Visp hat das erkannt und den Ansatz um 100 Franken erhöht. Doch auch für diesen Betrag ist kaum eine Bleibe zu finden. Visp könnte den Tarif aber nur dann noch höher definieren, wenn auch die anderen grossen Talgemeinden mitzögen. Andernfalls würde das Entgegenkommen dazu führen, dass sich dort überproportional viele Sozialhilfebezüger niederliessen.

Wenn die grossen Talgemeinden nicht endlich gemeinsam vernünftige Ansätze definieren, schieben sie das Problem auf die Bergdörfer ab. Denn wo sonst sollen Sozialhilfebezüger denn noch günstige Wohnungen finden? So wälzen die Talgemeinden auf dem Buckel der kleinen Berggemeinden die Verantwortung ab, erschwingerlichen Wohnraum für sozial Schwache bereitzustellen. Je städtischer die Talgemeinden werden, desto dringender müssten endlich Anreize für sozialen Wohnungsbau geschaffen werden. Und man darf nicht ausblenden, dass von 762 Fällen, die im Oberwallis Sozialhilfe beziehen, 406 Schweizer sind. Armut ist kein Problem der Einwanderung...



**Nathalie Benelli (ben)**  
n.benelli@walliserbote.ch

## Gefängnisstrafe für Sex-Unhold

**Justiz** Die Walliser Justiz schickt einen Städtzürcher Sex-Unhold für 34 Monate ins Gefängnis. Die Untersuchungen zum Fall nahmen ihren Lauf im Oberwallis. Eine Frau wurde Opfer sexueller Gewalt des 51-jährigen Mannes. Die Ermittlungen förderten Zufallsfunde auf dem Smartphone des Täters zutage, die so kaum jemand erwartet hätte. **Wallis**





# Die Verlierer des Lonza-Booms verzweifeln

Die Gemeinden definieren, wie viel Wohnungen von Sozialhilfeempfängern kosten dürfen. Doch was passiert, wenn es im Oberwallis gar keine Wohnungen mehr für die festgelegten Beträge gibt?

Nathalie Benelli

Wucherpreise für WG-Zimmer, massiv steigende Wohnungsmieten – die angespannte Lage im Oberwalliser Immobilienmarkt nimmt immer ausgeprägtere Formen an. Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger hatten es immer schon schwerer als andere, eine Wohnung zu finden. Doch jetzt wirkt sich der Lonza-Boom auf ihre Situation verheerend aus.

Wer Sozialhilfe bezieht, kann nicht einfach eine Wohnung mieten, die ihm gefällt. Die Gemeinden legen die Ansätze für die Höhe der Wohnungsmieten fest. Da sich die Mietzinse je nach Region erheblich unterscheiden, verzichtet der Kanton auf eine einheitliche Festlegung und überlässt es den Gemeinden, den lokalen Wohnungsmarkt zu beurteilen.

Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, die in einem Einpersonenhaushalt in Brig-Glis oder Naters leben, müssen eine Wohnung finden, deren Miete höchstens 700 Franken beträgt. Für einen Zweipersonenhaushalt dürfen es maximal 1000 Franken sein. Visp hat vor Kurzem in Anbetracht der steigenden Mieten den Betrag um 100 Franken erhöht. Hier darf eine Wohnung für eine Einzelperson also 800 Franken kosten.

Die definierten Mietpreise, die von der Sozialhilfe übernommen werden, sollen also den ortsüblichen Mieten entsprechen. «Wenn jetzt aber die Mieten so schnell steigen, wie das zurzeit im Oberwallis der Fall ist, stimmen die von den Gemeinden definierten Limiten einfach nicht mehr mit dem realen Markt überein», sagt Janine Heldner, Bereichsleiterin Soziales beim Sozialmedizinischen Zentrum Oberwallis (SMZO).

## Keine Übereinstimmung mit der Realität

Schaut man sich auf den Oberwalliser Immobilien-Portalen um, wird schnell klar: Für 700 Franken gibt es schlicht und einfach keine Angebote. Übersteigt die Miete jedoch den von den Gemeinden definierten Höchstbetrag, muss der Sozialhilfeempfänger die Differenz von seinem Grundbedarf berappen. «Nun ist der Grundbedarf



Kevin Lerjen, Teamleiter im Sozialdienst, und Janine Heldner, Bereichsleiterin Soziales beim Sozialmedizinischen Zentrum Oberwallis, betrachten die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt mit Sorge. Bild: pomona.media/Daniel Berchtold

aber so berechnet, dass er gerade ausreicht, um die Grundbedürfnisse zu decken. Wenn davon zusätzlich Beiträge an die Miete gezahlt werden müssen, gelangen Sozialhilfeempfänger leicht in prekäre Situationen», betont Janine Heldner.

30 Prozent der Sozialhilfebeziehenden Menschen, die in einem Ein- oder Zweipersonenhaushalt im Oberwallis leben, zahlen jetzt schon eine überhöhte Miete. Von ihnen wird verlangt, dass sie bis zum nächsten Kündigungstermin eine günstigere Wohnung suchen. In dieser Zeitspanne wird die Miete von der öffentlichen Hand übernommen. Gelingt es nicht, eine billigere Wohnung zu finden, müssen sie die Differenz von den 1000 Franken Grundeinkommen selbst bezahlen.

Kevin Lerjen, Teamleiter im Sozialdienst, sagt: «Es gibt immer wieder Fälle, wo Menschen alles dafür tun, um in ihrer gewohnten Umgebung bleiben zu können und den Differenzbetrag von ihrem ohnehin kleinen Budget bezahlen. Da bleibt dann fast nichts mehr zum Leben. Die Nothilfe beträgt 300 Franken pro Monat. Das ist das absolute Existenzminimum.»

Neu müssen die Gemeinden nach Ablauf der halbjährlichen Frist einen Nachweis erbringen, dass in ihrer Gemeinde kein günstigerer Wohnraum zur Verfügung gestanden ist. Früher mussten die Sozialhilfeempfänger diesen Nachweis selbst erbringen.

«Der Kanton hat erkannt, dass hier ein echtes Problem besteht. Es wird jetzt über flankierende Massnahmen nachgedacht», sagt Janine Heldner. Jeder Fall müsse einzeln betrachtet werden. Es wird abgeklärt, ob die Person trotz intensiver Suche wirklich nichts Günstigeres gefunden habe. Dann müsse man mit der Gemeinde diskutieren, ob die Differenz übernommen werde. «Dieses Prozedere muss dann jedes halbe Jahr wiederholt werden. Das gibt einen hohen administrativen Aufwand», sagt Janine Heldner. «Wenn 30 Prozent der Betroffenen einfach

keine günstigere Wohnung finden, ist es doch Fakt, dass die definierten Mietlimiten einfach zu tief angesetzt sind.»

Das Problem akzentuiert sich vor allem bei den Ein- und Zweipersonenhaushalten. Kevin Lerjen sagt: «Für 700 Franken liesse sich in den Talgemeinden höchstens ein Studio finden. Doch das Angebot an Studios ist sehr klein. In Neubauten werden kaum noch Studios gebaut, weil die Platzansprüche beim Wohnen gestiegen sind.» Der Wohnungsmarkt gebe also das gar nicht her, was für Sozialhilfeempfänger geeigneter Wohnraum wäre. Wenn ein Vermieter die Wahl habe, sein Studio an einen Sozialhilfeempfänger zu vermieten oder an eine berufstätige Person mit einem guten Lohn, sei klar, an wen er vermiete. «Die Sozialhilfeempfänger haben so keine Chance.»

Im Oberwallis gab es auch schon Vermieter, die die Situation der sozial Schwachen ausnützten. «Da wurden Wohnungen an Sozialhilfebezüger vermietet, bei denen lange nichts mehr investiert wurde oder die gar verschimmelt waren», sagt Kevin Lerjen. Wenn Sozialhilfebezüger lange keine Wohnung finden, würden sie sich manchmal in unmögliche Mietverhältnisse begeben, nur damit sie ein Obdach haben. Es gebe Gemeinden, die das SMZ bitten, in gewissen Wohnungen keine Menschen mehr unterzubringen. «Aber gesetzliche Grundlagen dazu gibt es nicht», sagt Kevin Lerjen. So würden Missbrauch Tür und Tor offen stehen.

Es gibt noch ein weiteres Problem für Sozialhilfebezüger: Vermieter haben erkannt, dass es lukrativ ist, langjährige Mietverträge zu kündigen, etwas zu investieren und dann die Wohnungen für einige Hundert Franken teurer zu vermieten. Wer dann in seiner vertrauten Wohngemeinde keine Wohnung mehr findet, muss wohl oder übel in eine Gemeinde ziehen, bei der noch günstigere Wohnungen zu finden sind. Das ist dann eher in kleinen Berggemeinden der Fall.

«Ich betreue Menschen, die 20 Jahre in einer grösseren Talgemeinde gelebt haben und dort sozial eingebettet waren. Wenn sie nun durch die Umstände gezwungen werden, in eine andere, weit entfernte Gemeinde zu ziehen, führt das zu sozialer Isolation», sagt Kevin Lerjen. In kleinen Dörfern sei es überdies schnell klar, wer von Sozialhilfe lebe, und so seien diese Menschen der Stigmatisierung ausgesetzt. Das könne dann zu Vereinsamung führen und sogar die Gesundheit beeinträchtigen.

Sozialhilfeempfänger haben noch mit weiteren Schwierigkeiten zu kämpfen. Da sie oft gesundheitliche Einschränkungen haben oder nicht in ein Umfeld eingebettet sind, ist es für sie nicht so einfach, einen Umzug zu organisieren. Die Kosten für eine Umzugsfirma werden bis zu einer Obergrenze von der Sozialhilfe übernommen. Das bedeutet für diese Menschen, dass sie bei der Gemeinde einen Bedarf anmelden und Offerten vorweisen müssen. So werden sie wieder zu Bittstellern.

Etwas Erleichterung für die Situation könnte der Verein Immo-Solidaire bringen. Seit 2012 gibt es den Verein im Unterwallis. Im Oberwallis ist er seit zwei Monaten aktiv. Immo-Solidaire hat eine Leistungsvereinbarung mit der Dienststelle für Sozialwesen und bietet Menschen in prekären Lebenssituationen eine nachhaltige Unterstützung bei Wohnproblemen. Das heisst Immo-Solidaire kann durch die Unterzeichnung des Mietvertrags bürgen und betreibt eine Form der Untervermietung. Dadurch können die Mietzahlungen über den Verein abgewickelt werden. Das SMZ überweist dann den Betrag für die Miete direkt an den Verein. Das bietet Vermietern eine Garantie, dass sie die Miete auch regelmässig erhalten. Durch Partnerschaft mit einigen Stiftungen, die Spenden gewähren, kann der Verein Mietern in Ausnahmesituationen finanzielle Unterstützung leisten.



Höher und höher – die Mietpreise kennen keine Grenzen.

«Wenn 30 Prozent der Betroffenen keine Wohnung gemäss definierten Mietlimiten finden, sind die Limiten zu tief angesetzt.»

Janine Heldner

Bereichsleiterin Soziales  
beim Sozialmedizinischen Zentrum  
Oberwallis





## Die Politik sieht bei den Mieten Handlungsbedarf. Doch wie?

Die hohen Mieten werden zunehmend als Problem wahrgenommen. Die Oberwalliser Parteipräsidenten beziehen Position.

Wer vor dem Haus Casablanca in Glis steht, muss beim Blick hoch zur obersten Etage den Kopf ganz schön in den Nacken legen. Für Oberwalliser Verhältnisse ist der Wohnblock schon fast ein Hochhaus. In ähnlich schwindelerregende Höhen haben sich in letzter Zeit auch viele Mietpreise erhoben. Die grosse Mehrheit der Oberwalliser Parteipräsidenten sieht die Entwicklung problematisch. Für sie besteht Handlungsbedarf. Beim Wie tut man sich jedoch schwer.

Konstantin Bumann, Präsident CSP Oberwallis, sagt: «Für viele Menschen sind die hohen Mieten kaum mehr zu bezahlen.» Doch die Situation sei kompliziert. Einerseits sei für ihn klar, dass man etwas tun müsste. Andererseits sei es nicht Aufgabe des Staates, sich hier in die Privatwirtschaft einzumischen.

Die SP Oberwallis fordert aufgrund der deutlichen Mietpreisanstiege innerhalb eines kurzen Zeitraums eine sofortige Reaktion von Politik und Behörden. SPO-Co-Präsidentin Claudia Alpiger reichte deswegen letzte Woche im grossen Rat eine Interpellation ein. Die SPO stört sich an Mietpreisexzessen im Raum Visp, über die der «Walliser Bote» in den letzten Wochen berichtet hat.

### 2½ Zimmer für 2450 Franken

So verlangt ein Anbieter für seine 3½-Zimmer-Wohnung möbliert knapp 2500 Franken. Bei einem anderen kostet die 4½-Zimmer-WG bei Vollbelegung gut 4300 Franken. Alpiger dazu: «Die Situation in Visp kann von den Vermieterinnen und Vermietern missbraucht werden – und sie wird es zum Teil bereits schon.» Die überrissenen Mieten würden den Mietwohnungsmarkt erodieren und mittelfristig dazu führen, dass die Mieten für die gesamte Bevölkerung im Raum steigen würden.

Die Zahl der aussergewöhnlich teuren Mietwohnungen scheint monatlich anzuwachsen. Immer mehr Vermieter wittern in der gegenwärtigen Wohnungsknappheit das grosse Geschäft. So sind in Visp neuerdings vier möblierte 2½-Zimmer-Wohnungen für jeweils 2450 Franken inseriert.

Claudia Alpiger sieht den Kanton und die Gemeinden unter Zugzwang. «Sie haben dafür zu sorgen, dass Wohnungen für die lokale Bevölkerung tragbar und bezahlbar bleiben. Die Miete ist immerhin der grösste Posten in jedem Haushaltsbudget.» Bei stagnierenden Einkommen würden die steigenden Mieten gerade für Familien zu einer grossen Belastung werden. «Die Politik muss regulatorisch eingreifen. Die Gemeinden müssen unter Umständen durch eine aktive Bodenpolitik und raumplanerische Massnahmen eingreifen.»

Diese Ansicht teilt auch Aron Heinzmann, Präsident der Grünen Oberwallis. «Die Gemeinden mit hohen Mieten müssen überlegen, Zonen für preisgünstigen und ökologischen Wohnraum auszuscheiden und gemeinnützigen Wohnraum zu fördern.» So könnte eine Gemeinde für Genossenschaftsbauten Steuererleichterungen vorsehen. Solche Massnahmen hätten jedoch erst mittelfristig einen Effekt. «Kurzfristig haben Mieter nur die Möglichkeit, überhöhte Anfangsmietzinsen anzufechten.»

Solche Lösungen sind jedoch schwierig umzusetzen, wie das Beispiel Zermatt zeigt. Im Gegensatz zum Talgrund kämpft die Tourismushochburg bereits seit Jahren mit dem Problem der hohen Mieten, wie Franziska Biner, Präsidentin der CVP Oberwallis, sagt: «Das ist ein Problem, für das es kaum Lösungen gibt.»

### SVPO hebt positive Aspekte hervor

Die touristischen Arbeitskräfte suchen in Täsch oder Randa Mietwohnungen. Doch auch in Täsch sind die Preise inzwischen klar angestiegen.

In Zermatt selbst haben Investoren deutlich lukrativere Alternativen als den Bau von Mietwohnungen für touristische Arbeitskräfte. In der Gemeinde existieren zwar verschiedene Lösungsansätze. Diese sind ohne die Unterstützung von privaten Bodeneigentümern aber kaum realisierbar. Franziska Biner sagt: «Vielleicht könnte die Gemeinde eine Zone für den genossenschaftlichen Wohnungsbau ausscheiden oder Investoren beim Bauen eine höhere Ausnützungsziffer erlauben, wenn sie in ihrem Projekt dafür ein paar bezahlbare Wohnungen einplanen.»

Eine höhere Ausnützungsziffer als Anreiz für Investoren könnte sich auch der Präsident der SVP Oberwallis, Romano Amacker, vorstellen. Auf diese Weise könnte das Angebot ausgebaut werden. Für Amacker ist aber klar, dass den steigenden Mieten nur mit «liberalen Lösungen» begegnet werden könne.

Amacker betont auch, dass man vor allem auch die positiven Aspekte der derzeitigen Entwicklung betrachten müsse. «Die grossen Investitionen und die über 5600 Jobs der Lonza sind aus Sicht der SVPO für das Oberwallis ein absoluter Glücksfall.»

Von dem Wachstum und den Mietzinserhöhungen im Tal könnten zudem die umliegenden Bergdörfer profitieren. «Dort sind die Lebenskosten niedriger. Sie erhalten durch die Neuzuzüger neue Perspektiven. Denn sie sind meist gut ausgebildet und verdienen gut. Für den Erhalt der dorfeigenen Schulen und ein lebendiges Dorfleben ist dies ein Segen.» Auch CSPO-Präsident Konstan-

tin Bumann sieht die Entwicklung für die Bergdörfer als grosse Chance. «Gemeinden wie Stalden, Zeneggen oder Staldenried haben den Ball aufgenommen und neuen Wohnraum geschaffen oder sind noch dabei.»

Doch was sagen die Talgemeinden zu den hohen Mieten? Für den Visper Gemeindepräsident Niklaus Furger besteht derzeit vonseiten der Behörde kein Handlungsbedarf. «In Visp befinden sich rund 350 neue Wohnungen im Bau. Kommen diese in den nächsten ein bis zwei Jahren auf den Markt, wird sich die Situation sicher etwas entspannen.» Mathias Bellwald, Stadtpräsident von Brig-Glis, beurteilt die Situation ähnlich. Für die Stadtgemeinde wären Massnahmen wie eine Förderung von genossenschaftlichem Wohnungsbau kein Thema. Davon würden am Ende oft jene profitieren, die gar nicht darauf angewiesen wären. Bellwald verweist aber auch darauf, dass es in Brig-Glis bereits einige genossenschaftliche Überbauungen gibt.

### Genossenschaften in Brig

Im Rhonesand stehen zwei Gebäude der Eisenbahner-Baugenossenschaft Brig. In der Riedbachstrasse zwei Gebäude der Schweizerischen Eidgenossenschaft Bern sowie die Überbauung des Klosters St. Ursula, das seine Mietwohnungen ebenfalls zu moderateren Preisen anbietet. Zwei weitere Gebäude der Allgemeinen Genossenschaft Brig stehen an der Rhonesandstrasse. In den Statuten der letztgenannten steht geschrieben, dass sie ihre Wohnungen grundsätzlich zu Selbstkosten vermietet. «Sie verzichtet auf die eigentliche Erzielung eines Gewinns sowie auf übersetzte Zahlungen an Dritte. Von privaten Vermietern kann das kaum erwartet werden.

Hält das Wachstum der Lonza ungebremst an, dürften die hohen Mieten im Talgrund die Politik noch eine Weile beschäftigen. Eine einfache Lösung für das Problem hat derzeit jedoch niemand anzubieten.

Martin Schmidt

«Die Situation in Visp wird von Vermietern zum Teil schon heute missbraucht.»

Claudia Alpiger  
Co-Präsidentin SPO